

den Steinkohlen gesprochen worden, die in größerer Quantität und wohlfeiler dann nach Leipzig zu bringen seien, gut, aber wenn sie nur von da weiter gebracht werden könnten; aber so können sie in Folge der Chausseehäuser und Abgaben aller Art kaum auf eine Tagereise weiter über Leipzig hinausgebracht werden. Man ist sogar so weit gegangen, daß man die Handwerksburschen in Anschlag gebracht hat, welche zwischen Dresden und Leipzig wandern. Weit entfernt zu glauben, daß die Deputation dieß als eine Unterlage betrachtet habe, zeigt es doch, daß, indem man auf so kleinliche Verhältnisse eingegangen ist, nicht der beste Erfolg von dem Unternehmen zu erwarten ist. Was den Antrag in Betreff der Wirthshäuser betrifft, so ist er zwar sehr gut gemeint, ich glaube aber nicht, daß sich viele Wirthshäuser an einer Eisenbahn anlegen lassen; denn wenn der Weg in höchstens 4 bis 5 Stunden zurückgelegt werden soll, so läßt sich an eine Einkehr nicht denken. Mir scheint es doch so zu sein, daß sich allerdings viel von der Sache sprechen läßt, und wobei man sich aber wenig verspricht; der Abg. v. Thielau hat dieß ausdrücklich gesagt, ein anderer Abg. hat es gleichfalls gesagt, Referent hat es auch angedeutet, und ich begreife nicht, wie es möglich ist, daß die Kammer über einen Gegenstand discutirt, von welchem wir so wenig hoffen und der nach dem Deputationsgutachten noch gar nicht ins Klare gesetzt ist. Daher glaube ich, haben diejenigen wohl recht, welche sagen, die Sache ist an und für sich sehr gut, es ist aber noch nicht an der Zeit.

Abg. a. d. Winkel: Ich kann nicht leugnen, daß ich auch zu denen gehöre, welche sich keine goldnen Berge versprechen. So wie die Sache jetzt vorliegt, würde ich mich schwerlich entschließen, den Actionairs beizutreten, weil ich nicht glaube, daß sich das Unternehmen unter diesen Umständen rentiren würde. Bleibt die Eisenbahn bloß auf die Strecke von Leipzig bis Dresden beschränkt, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß sie nicht lange besteht. Allein beffennungeachtet habe ich geglaubt, es wäre nicht zweckmäßig und nicht passend für die gegenwärtige Ständeversammlung, der Sache Hindernisse in den Weg zu legen. Es könnte sein, daß durch diese Eisenbahn ein Sporn in ganz Deutschland entstehen könnte, daß sich an diese Eisenbahn andere Eisenbahnen in mehreren Ländern angeschlossen und da könnte die Sache von Wichtigkeit werden. Also in so fern würde die Sache zu unterstützen sein, als sie rein Sache der Actionairs bleibt. Auf der andern Seite glaube ich aber auch, daß man nicht verlangen könne, daß von Seiten des Staats und der Privatleute auf eine so ungewisse Aussicht hin, große Opfer gebracht werden. Dahin rechne ich zunächst, was die Hergabe der Grundstücke betrifft, und da bin ich der Meinung, daß nicht bloß die Grundsätze in Anwendung zu bringen sein, welche das Straßenbaumanifest aufstellt — der Straßenbau ist nothwendig, bewährt und nützlich — sondern ich glaube, daß die Entschädigung vollkommen zu leisten sei und nicht bloß, was den eigentlichen Werth betrifft, sondern was aus Privatansichten den Werth feststellt. Allein ich glaube, daß auch auf der andern Seite darauf sehr Rücksicht zu nehmen sei, daß der Staatskasse nicht zu viele Nachtheile zugehen. Hier ist aller-

dings nur von Entschädigung des Grundeigenthums die Rede, allein ich glaube doch, daß es zweckmäßig wäre, daß auch auf die Rücksicht genommen würde, was der Post dadurch entgeht und was also der ganze Staat verliert. Daß übrigens eine große Menschenmasse durch dieses Unternehmen brodlos wird, daß es viele Menschen betrifft, welche sich durch ihre Handarbeit ernähren müssen und nicht so leicht eine andere finden können, ist nicht zu leugnen; nicht allein die Gastwirthe trifft es, sondern auch die Menge Fuhrleute, welche zum Theil Grundbesitzer sind, wovon sie sich aber nicht vollständig ernähren können, und diese Menschen sind gewiß zu berücksichtigen. Troß dem aber, daß dieses mich sehr bedenklich macht, gestehe ich doch, daß ich mich dem Antrage der Privatunternehmer nicht entgegen stellen möchte.

Abg. Sachse: Alles, was geäußert worden ist, kommt darauf hinaus, wie bedenklich das Unternehmen erscheint, wenn man es in Privathände legt. Es ist vom Abg. v. Thielau ein Amendement auf das einstige Uebergehen des Unternehmens an den Staat gestellt worden, und wenn die Actiengesellschaft sich dazu versteht, nach nicht gar zu langer Zeit die Eisenbahn an den Staat abzutreten, so würde das allerdings anzunehmen sein; es würde aber der Staat dann in denselben Fall kommen, wie ich ihn von einem andern Staate angeführt habe, er würde das Unternehmen selbst leiten. Jedenfalls hat die Sache keine so große Eile und es kann also wohl mit der Genehmigung dieses Gesetzes bis zur nächsten Ständeversammlung gewartet werden; denn es müßten doch jedenfalls die Tractate vorgelegt werden. Auch das ist ein Gegenstand der Cognition der Stände, ob und wie weit den Gastwirthen eine Entschädigung gewährt wird. Ich würde zwar weniger nothwendig halten, daß darüber die Stände die Cognition erhielten, aber es würde doch entsprechend sein, wenn wir unsere Zustimmung von dieser vollkommenen Entschädigung abhängig machten. Es läßt sich übrigens zwar auch denken, daß eine gewisse Rente für den Staat eintritt, daß dem Staate der Ueberschuß gegeben wird; allein wenn man nimmt, daß der Staat das große Recht hingiebt, über das ganze Land Eisenbahnen anzulegen und daß das Grundeigenthum sehr beeinträchtigt wird, so hat der Staat wohl ein Recht, gewisse Bedingungen festzusetzen.

Abg. Roux: Ein Abgeordneter hat erklärt, aus den Verhandlungen habe sich ergeben, daß große Bedenken gegen das Unternehmen stattfänden und daher wäre es besser, wenn der Staat es unternähme. Allein aus diesem Bedenken scheidet mir eben der Grund hervorzugehen, warum man nicht wünscht, daß der Staat es übernehme. Ueberhaupt könnte ich mich der Ansicht nicht anschließen, daß von Seiten des Staates ein solches Unternehmen ausgeführt werde. Soll man der Sache das Wort reden, so kann es nur geschehen, wenn sie sich in Privathänden befindet. Man wird auch das fast überall in der Regel finden. Wenn gesagt wurde, der Staat würde wegen der Chaussee- und Postgelder zu kurz kommen, so ist bei dem gegenwärtigen Gesekentwurf davon nicht die Rede, diese Frage muß aber in Erörterung gezogen werden, wenn man über